

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 42. Sitzung des Ausschusses für Kultur (K/042/2012)

am Dienstag, 5. Juni 2012,

16:00 Uhr

im Beratungsraum im Stadtarchiv, Elisabeth-Boer-Str. 1, 01099 Dresden

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Dr. Ralf Lunau

Vertretung für Frau Helma Orosz

CDU-Fraktion
Sebastian Kieslich
Christa Müller
Horst Uhlig
Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.
Annekatriin Klepsch
Gunild Lattmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Christiane Filius-Jehne
Ulrike Hinz

SPD-Fraktion
Wilm Heinrich

FDP-Fraktion
Matteo Böhme

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion
Jan Kaboth

Verwaltung:

Herr Kübler
Herr Gutsche
Frau Weißmann
Herr Killian

AL Amt 47
Amt 41
Amt 41
BL GB 4

Gäste:

Herr Vogler
Herr Andersen

Intendant Dresdner Musikfestspiele
Verwaltungsdirektor Dresdner Musikfestspiele

Schriftführer/-in:

Frau Grützner

Amt 15

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 1 | Dresdner Ehrenamtspass stärken und ausbauen | A0519/12
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

Nicht öffentlich

- | | | |
|----------|---|------------------------------|
| 2 | Dresdner Ehrenamtspass stärken und ausbauen | A0519/12
beratend |
| 3 | Eintrittspreise der Dresdner Musikfestspiele 2013 | V1627/12
beratend |
| 4 | Informationen der Verwaltung | |
| 5 | Sonstiges | |

öffentlich

Einleitung:

Der Vorsitzende, Herr **BM Dr. Lunau**, begrüßt die Gäste, die Vertreter der Verwaltung und die Mitglieder des Ausschusses. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht.

Er teilt mit, dass zu TOP 2 auch der Intendant der Musikfestspiele, Herr Vogler, erwartet werde. Er bittet darum, diesen Punkt vorzuziehen. Die Mitglieder signalisieren ihr Einverständnis.

Die Tagesordnung wird bestätigt, jedoch in veränderter Reihenfolge behandelt.

1 *Dresdner Ehrenamtpass stärken und ausbauen*

Herr **StR Kieslich** stellt den Antrag vor und begründet ihn.

Frau **StRin Filius-Jehne** fragt, um wie viele Ermäßigungen es sich handle und ob die Entscheidung der Einrichtung obliege. Bei künftigen Vorlagen zur Eintrittspreisgestaltung müsste dann diese Ermäßigung mit aufgenommen werden.

Herr **StR Kieslich** antwortet, die Verwaltung sollte diese Ermäßigungen gleich bei der Vorlagenerarbeitung zu Eintrittspreisen mit berücksichtigen.

Frau **StRin Filius-Jehne** bezieht sich auf das genannte Palais im Großen Garten und die Parkeisenbahn. Die Stadt habe darauf keinen Zugriff, höchstens für den Fall, dass im Palais eine Veranstaltung der Musikfestspiele stattfinde.

Herr **StR Kieslich** meint, es sollte die Chance ergriffen werden, mit dem Freistaat Gespräche aufzunehmen, um sowohl Ehrenamtskarten- und Ehrenamtpassinhabern gleiche Nutzungsmöglichkeiten zu bieten.

Herr **StR Kaboth** bittet um punktweise Abstimmung. Er bezieht sich auf den ersten Punkt, demnach solle der Ehrenamtpass „in allen städtischen Kultur- und Sporteinrichtungen sowie bei städtischen Kultur- und Sportveranstaltungen“ nutzbar gemacht werden. Die Sportlergala sei auch eine städtische Sportveranstaltung. Auch die Musikfestspiele werden hier explizit aufgeführt, in der eben beschlossenen Vorlage zu den Eintrittspreisen für 2013 sei diese Ermäßigung nicht enthalten. Er fragt, ab wann das gelten solle.

Einerseits könnte damit gerechnet werden, dass mehr Menschen die Kultureinrichtungen besuchen, andererseits könne dadurch auch ein finanzieller Ausfall für die Einrichtung entstehen, wofür eine entsprechende Deckung benötigt werde.

Eine Zusammenführung von Ehrenamtskarte und –pass erachtet er als richtig, aber es gebe noch so viele offene Fragen, vor allem in der Praxis, denn „alle Veranstaltungen“ gelte dann auch z. B. für die Eröffnung der Musikfestspiele, die Sportlergala oder den Operettenball. Es werden vor allem Erwartungen geweckt, er könne dem Antrag nicht zustimmen.

Herr **StR Böhme** bemerkt zu den Beispielen von Herrn StR Kaboth, genau dies sei Aufgabe der Verwaltung. Es sei auch sinnvoll, dass in dem Antrag kein Termin genannt werde, ab wann das gelten solle. Er wirbt um Zustimmung für diesen Antrag.

Frau **StRin Klepsch** stellt fest, das Anliegen des Antrages sei durchaus nachvollziehbar, das Problem liege im Detail. Der Kulturausschuss solle heute beschließen, dass der Ehrenamtspass nutzbar gemacht werde, es handle sich folglich nicht um einen Prüfauftrag. Sie weist darauf hin, dass die städtischen Einrichtungen bei Einnahmeausfällen weitere Einbußen haben werden. Sie fragt die Verwaltung, ob die städtischen Kultureinrichtungen dazu befragt worden seien, die Eintrittspreise variieren deutlich. Es handle sich zudem um eine Vermutung des Einreichers, dass Mehreinnahmen generiert werden.

Herr **StR Zinkler** bemerkt kritisch, die Debatte sei geprägt von politischen Aspekten. Wenn es um Sozialhilfeempfänger gehen würde, dann würde die Deckungsquelle auch nicht hinterfragt werden. Lediglich 0,4 Prozent der Einwohner seien davon betroffen, so dass es kaum Ausfälle geben werde. Die schrittweise Umsetzung sei Aufgabe der Verwaltung, denn nicht alle Eintrittspreise können sofort modifiziert werden. Wenn der Antrag abgelehnt werde, dann werde gegen eine weitere Anerkennung des Ehrenamtes agiert.

Herr **BM Dr. Lunau** teilt mit, die fachlichen Aspekte machen den Umgang mit dem Thema nicht ganz einfach. Folgefragen, die sich daraus ergeben, bleiben ungeklärt. Als Beispiel nennt er die Philharmonischen Chöre mit über einhundert Mitgliedern, die alle ehrenamtlich tätig seien. Nun müsse zuerst die Frage geklärt werden, wer den Ehrenamtspass erhalte und nach welchen Kriterien die Auswahl erfolge. Er hält die qualitative Beschränkung für schwierig, innerhalb der Vereine werde es zu komplizierten Situationen kommen.

Des Weiteren meint er, es sei ein Irrtum anzunehmen, man könne das Ehrenamt dadurch fördern, indem man eine sog. „Quasi-Bezahlung“ einführe. Er bezeichnet die Philharmonie-Veranstaltung als sehr gelungen, denn es handle sich dabei um eine ideelle Anerkennung für die auf unterschiedlichen Gebieten ehrenamtlich Tätigen. Die Verteilungskriterien erachtet er auch als sehr problematisch, weil damit Personen nicht erreicht werden, die es eigentlich sehr verdient hätten.

Die städtischen Kultureinrichtungen haben sich bisher bei den Ermäßigungen für den Ehrenamtspass zurückgehalten, weil es zu einem haushalterisch hohen Risiko führen würde, denn unklar sei, wie viele solche Ermäßigungen in Anspruch genommen werden. Er möchte und werde die Intendanten nicht zwingen, sich auf Risiken einzulassen, die nicht kalkulierbar seien.

Es bestehe zudem die Gefahr, dass die ohnehin auf diesem Gebiet ehrenamtlich Tätigen dann auch eine Ermäßigung dafür in Anspruch nehmen, was zu hohen Einnahmeverlusten bei den Einrichtungen, nicht jedoch zu signifikanten Erhöhungen der Besucherzahlen führen werde.

Zur Zusammenführung von Ehrenamtspass und -karte befürchtet er, der Freistaat werde sich nur dann darauf einlassen, wenn es auf Gegenseitigkeit beruhe. Dann sei eine Kalkulation der Ermäßigungen völlig unmöglich, denn unklar sei, wie viele Ehrenamtskarten in den umliegenden sächsischen Gemeinden existieren und möglicherweise genutzt werden. Die haushalterischen Konsequenzen lassen sich nicht kalkulieren. Er hat den Eindruck, die Effekte, die hier generiert werden sollen, seien vergleichsweise gering im Verhältnis zu dem Aufwand und zu den finanziellen Verlusten, die in Kauf genommen werden müssen.

Herr **StR Kieslich** ist erstaunt über diese Bewertung. Der Ehrenamtspass sei eine Idee von den Vereinen, die Bürgerstiftung habe die Idee umgesetzt. Es sei vermessen zu sagen, dass das alles nicht richtig sei. Wenn die Anregungen von den Ehrenamtlichen kommen, sollten sie auch weiter unterstützt werden. Die Ermäßigungen werden keine großen haushalterischen Auswirkungen haben, er habe sich die Nutzung des Ehrenamtspasses von der Verwaltung zuarbeiten lassen. Als Beispiele nennt er das Stadtmuseum mit 29, die städtische Galerie mit 22 und die technischen Sammlungen mit 11 Nutzungen pro Jahr.

Er ist der Meinung, dass damit mehr neue Zielgruppen gewonnen werden können, der Ehrenamtspass sollte gestärkt werden. So etwas gehöre ins Würdigungskonzept der Bürgerstiftung, die Oberbürgermeisterin stehe auch hinter dem Ehrenamtspass und habe sich bei Freistaat für die Ehrenamtskarte eingesetzt.

Herr **StR Böhme** beantragt gemäß Hauptsatzung § 11 Absatz 1 a, den Antrag dem Stadtrat zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Herr **BM Dr. Lunau** bringt diesen Antrag zur Abstimmung, fünf Mitglieder stimmen zu.

Frau **StRin Filius-Jehne** beantragt eine **Auszeit** vor der Abstimmung.

Die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Antrag sowie die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte erfolgen nun in nicht öffentlicher Sitzung.

Dr. Ralf Lunau
Vorsitzender

Elke Grützner
Schriftführerin

Jan Kaboth
Stadtrat

Ulrike Hinz
Stadträtin